Tagblatt für Politik.
Unterhaltung. Geschäftsverkehr.
Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50. durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b, 8-3. Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hauptstr. 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (angefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht geachtet. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.
Für Rückgabe eingesandter Schrift nuße keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncirungsbüreaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Gesangbücher,
solides Fabrikat, in reichster Auswahl von 1 Mk. 50 Pf. an. **Schmucksachen** als vortheilhafte Confirmationsgeschenke, preiswerth und solid, empfiehlt die Kurz- und Galanteriewaaren-Handlung
C. A. Bochmann, vorm. **Albert Grosch,** Dresden-N., **Hauptstr. 25.**

Dresden, 1890.

Dr. Schumann's Augenklinik
befindet sich jetzt
7 Johannesstraße 7.
Sprechstunden:
11 bis 12 Uhr, Poliklinik 12 bis 1 Uhr.
Sonntags wie Wochentags.

Bay-Rum,
wirkt erfrischend auf die Kopfhaut, befördert den Haarwuchs, beseitigt die lästigen Kopfschuppen. **Flasche 1 M.** u. **1,50.**
Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hof-Apotheke, Dresden, Georgenthor.

Braut- u. Kinder-Ausstattungen,
nur eigenes Fabrikat in anerkannt **bester** Ausführung. Sämmtliche Stoffe zum Selbst-Anfertigen zu billigsten Preisen.
— Preisbücher franco. —
G. D. Blass, Wäschefabrik u. **Ausstattungs-Geschäft,** Marienstr. 9 u. **Portikus.** Telephon 1382.

R. D. Fabricius
38 Pragerstr. **Photograph.-artist. Atelier** Pragerstr. 38
Portraits, Gruppen- und Kinder-Aufnahmen in jeder Grösse. Vergrösserungen nach jedem kleinen Bilde bis Lebensgrösse. Vorzügliche Ausführung, mässige Preise.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3.

Nr. 73. Spiegel: Organisation der Ordnungsparteien. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Dresdner Bahnhöfe, Schneiderversammlung, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Tell (Oper), Kunstverein.

Freitag, 14. März.

Politisches.

„Wir bringen hiermit in Erinnerung, daß am 1. März die Agitation für die Reichstagswahl geschlossen ist und am 2. März die Agitation für die Landtagswahlen begonnen hat", so heißt es am Schlusse einer Danksagung, welche das sozialdemokratische Wahlkomitee in Mainz in Rücksicht auf die abgelaufene Reichstagswahl kürzlich erlassen hat. Manch' „reichstreuer" Wähler, der erst wenige Tage vor den letzten Wahlen aus seiner dreijährigen politischen Indifferenz erwacht war, um seinen Stimmzettel abzugeben, und sich noch in der angenehmen Erwartung, nun gar 5 lange Jahre bis zur nächsten Reichstagswahl auf den welken Lorbeeren dieser seiner politischen Thätigkeit ausruhen zu können, die Augen reibt, wird entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen ob dieser ungeheuerlichen Zumuthung. Und doch wird er sich bald mit dem Gedanken versöhnen müssen, daß die staatserhaltenden Parteien ihr öffentliches Wirken genau nach jenem Aktionsplan der Mainzer Sozialdemokraten einrichten müssen, wenn sie nicht den Gegnern den Platz überlassen wollen. Drei Jahre lang hatten die Kartellparteien das Volk der klerikalen, freisinnigen und der sozialdemokratischen Agitation überlassen. Man hatte die Dinge einfach gehen lassen, und erst wenige Wochen vor dem Zeitpunkt der Wahl begann man sich aufzuraffen. Es wurden ein paar Wahl-Reden vom Stapel gelassen — oft nicht einmal öffentlich — einige Tausend Flugblätter wurden unter die Wählerschaft vertheilt, und nun verließ man sich darauf, daß der Wähler einfach „seine Pflicht thun" und für den Kartellkandidaten stimmen würde. Daß die Gegner inzwischen drei Jahre lang agitirt und sich organisirt, — das übersah man in gefährlicher Selbstüberschätzung. Und wie festgeschlossen und wohlüberlegt war diese Organisation der Gegner! Sie bildeten gleichsam ein stehendes Heer, während die erst wenige Wochen vor den Wahlen sich organisirenden Konservativen und Nationalliberalen den Eindruck von Miliztruppen und Freischärlern machten, die denn auch den kriegsgeübten Truppen nicht Stand zu halten vermochten. Mochte der Geist, der diese nichtorganisirten Massen beseelte, ein noch so vortrefflicher sein, die Sache, für die sie kämpften ‚die beste — der geschlossenen Macht der Gegner mußten sie unterliegen. Wenn also die unterlegenen Parteien aus dem letzten Wahlkampf eine Lehre zu ziehen haben, so ist es die, die Organisation der Gegner auch zu der ihren zu machen. Dann erst sind die Kräfte gleich abgemessen, und die Chancen des Sieges werden dann auf der Seite Derer sein, die für die gute Sache ihre Kräfte einsetzten.

Auf welchen Grundlagen aber soll sich diese Organisation aufbauen? Auch hierüber können wir Belehrung aus dem Verlauf der letzten Wahlen schöpfen. Selbst die sozialdemokratischen Führer sind nicht so kurzsichtig, um in dem Glauben zu leben, daß Jeder, der am 20. Februar seine Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten gegeben hat, auch ein überzeugter Anhänger der sozialdemokratischen Ideen ist. Einem großen Theil der Wähler fehlt es leider noch an politischer Reife, fehlt das Verständniß für die großen Aufgaben des Vaterlandes, denn ihr Blick reicht nicht über die nächsten Interessen hinaus. Wer ihnen die meisten Versprechungen macht, der ist ihr Mann. Um zu prüfen, ob diese Versprechungen auch zu erfüllen sind, ob die Behauptungen des Agitators auch den Thatsachen entsprechen, dazu reicht das politische Verständniß nicht aus. Ein recht bezeichnendes Beispiel für diese politische Unreife eines Theils der Bevölkerung, die die Gegner der staatserhaltenden Parteien nach allen Richtungen ausgebeutet haben, wurde uns vor Kurzem aus dem Annaberger Wahlkreise verbürgt gemeldet. Dort war, wie s. Z. mitgetheilt, ein biederes Bäuerlein zum Gemeinde-Vorstand gekommen und hatte diesem erklärt, es werde den Sozialdemokraten Grenz wählen. Da infolgedessen nach der Wahl „getheilt" werden würde, so bäte er, ihm keine Kuh, aber ein Pferd zu geben, da er ein solches besser in der Wirthschaft verwenden könne. So geschehen im Jahre 20 nach Einführung des allgem. Wahlrechts! Wir sind die Letzten, die jemals an dem einmal dem Volke zugestandenen allgemeinen Wahlrecht rütteln werden. Aber gerade deshalb erwächst für die Verfechter des allgemeinen Wahlrechts, soweit sie auf der Seite der staatserhaltenden Parteien stehen, die ernste Mahnung, dahin zu wirken, daß den Massen der Wählerschaft eine höhere geistige Bildung, ein besseres Verständniß für die hohen politischen Aufgaben des Vaterlandes und für die Pflichten des Einzelnen vermittelt werde. Einige wenige Wahlreden freilich, einige Tausend Flugblätter vermögen eine solche tiefgehende Umwandlung nicht zu bewirken; dazu bedarf es einer ganz anderen „Agitation", einer jahrelangen, systematischen Belehrung der Massen, die vor keiner Mühe, keinem Opfer und auch vor dem Lohn des Undankes nicht zurückschreckt. Einen ausgesprochenen Anhänger der Sozialdemokratie zu bekehren, würde vielleicht selbst einer solchen „Agitation" — wenn man mit diesem häßlichen Worte auch die Bestrebungen zur geistigen Hebung des Volkes bezeichnen darf — kaum gelingen, aber die Gegensätze zwischen dem Bürgerthum und dem verständigen Theil der Arbeiterschaft sind recht wohl auszugleichen. Es muß nur der richtige Weg betreten werden. Einen Wegweiser hierzu giebt in Folgendem die „Post": „Es fehlt im Allgemeinen, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, an der nöthigen engeren Fühlung zwischen den gebildeten Kreisen und den großen Massen. Die soziale Abschließung der ersteren, welche mit aus dem alten Reiche überkommenen und noch nicht einer freieren Annäherung völlig gewichenen Kastengeiste und einer nicht minder dem Deutschen anhängenden Ueberschätzung der formalen Bildung, von Rang und Stand herrührt, trägt in unserer Zeit um so schlimmere Früchte, als das lebhafte Streben der breiten Schichten nach sozialer Hebung sich daran stößt und so das Gefühl eines Gegensatzes, ja einer sozialen Gegnerschaft erzeugt wird. Ist ein solches Gefühl aber erst lebendig, dann fallen alle jene sozialdemokratischen und von der im Gefolge der Sozialdemokratie marschirenden freisinnigen Partei ausgehenden wirthschaftspolitischen Verdächtigungen auf fruchtbaren Boden. Es gilt daher vor Allem, die sichere und ständige lebendige Fühlung zwischen den verschiedenen sozialen Schichten in vollem Umfange herzustellen, sollen anders die sozialen und wirthschaftlichen Unterschiede nicht zu sozialen und wirthschaftlichen Gegensätzen sich verschärfen."

Diese Fühlung also herzustellen, soll die Aufgabe Aller sein denen das Wohl unsers Volkes am Herzen liegt, und die nicht selbstsüchtige Interessen haben, die bisher bestehende Kluft zu erhalten oder gar zu erweitern. Ja, haben wir aber denn nicht bereits eine Parteiorganisation, haben wir nicht politische Vereine, haben wir nicht eine Parteipresse, die alle ihr Möglichstes thun, um die Massen aufzuklären und die patriotischen Gefühle des Volkes zu heben? Gewiß erfreuen wir uns aller dieser Einrichtungen, aber sie genügen ihrer Aufgabe nur unvollkommen, wie ja die letzten Wahlen uns gezeigt. Der nationalliberalen Parteileitung Sachsens wird beispielsweise in einer Correspondenz der „Köln. Ztg." vorgehalten, wie sie nur durch eine gründliche Umbildung der Parteiorganisation die erlittene Niederlage wettmachen kann. Näher hierauf einzugehen, ist nicht unsere Sache; nur soviel sei betont, daß auch die konservative Partei Manches von dem dort Gesagten als auch auf sie anwendbar betrachten möge! Beherzigenswerth sind namentlich die drei Vorschläge: Redner zu gewinnen, die in bestimmten Zeiträumen — nicht erst vor den Wahlen! — das Land bereisen und nicht nur für die Grundsätze der Partei, sondern auch für die politische und allgemeine Bildung überhaupt wirken, öfter Parteitage abzuhalten und durch periodisch erscheinende Flugblätter zu wirken. Dies wäre die Organisation im Allgemeinen. Im Besonderen aber hat sich jeder Wahlkreis für sich zu organisiren und damit gleichsam ein festes Kadre zu bilden. Für jeden Wahlkreis gilt bezüglich der Agitation dasselbe wie für die Gesammtleitung, nur daß die Parteileitung in jedem derselben am besten wissen muß, was für ihren Kreis das Zweckmäßigste ist. Sie können getrennt marschiren, um dann vereint zu schlagen. Bereits bricht sich das Verständniß für diese Aufgaben Bahn. In Chemnitz ist vor wenig Tagen ein „Volkswirthschaftlicher Verein reichstreuer Männer" entstanden, mit dem Zwecke, regeres politisches Leben in die Bevölkerung zu bringen; dasselbe Ziel verfolgt ein in Meißen im Entstehen begriffener Verein. In Dresden aber hat sich ein Verein für Massenverbreitung guter Schriften gebildet, der in kurzer Zeit ganz Deutschland umfassen wird. Von diesen und ähnlichen Unternehmungen dürfen wir annehmen, daß sie auf dem rechten Wege sind, unser Volk jener politischen Reife entgegenzuführen, deren es bedarf, um den Vorspiegelungen gewissenloser Agitatoren mit ablehnender Kritik zu begegnen. Darum also: „Am 1. März ist die Agitation für die Reichstagswahlen geschlossen worden, am 2. März hat die Agitation für die künftigen Landstagswahlen begonnen!"

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. März.

Berlin. Der Sultan von Lahore, der bisher in Karlsbad zur Kur weilte, trifft Mitte April zum Besuche am hiesigen Hofe ein. — Der Geh. Legationsrath Kayser und Oberbergrath Dr. Fürst werden als Sekretäre der Arbeiterschutzkonferenz fungiren. — Der sächs. Kriegsminister Grat Fabrice ist gestern Abend hier eingetroffen. — Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Minister v. Bötticher wird heute amtlich veröffentlicht. — Die deutsche Kavallerie soll mit einem einheitlichen Säbel ausgerüstet werden. — Das hiesige sozialdemokratische „Volksblatt" erklärt die Unterredung eines Gewährsmannes der „Kreuzztg." mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten und speziell die Mittheilung, daß über die Fragen, ob die Sozialdemokratie von ihrer antimonarchischen Agitation ablassen solle, innerhalb der sozialdemokratischen Partei ein Meinungsaustausch stattgefunden habe, für erfunden. — Aus dem Wahlkreis Frankfurt a. O., sowie aus der Umgegend von Hamburg wird gemeldet, daß zahlreiche Sozialdemokraten sowohl in ihrem Heimathsort, wie in der Großstadt (Berlin, Hamburg), wo sie zeitweise arbeiten, gewählt haben. Man giebt die Zahl derjenigen Sozialdemokraten, welche sowohl in Hamburg als dessen Umgegend gewählt haben, auf nicht weniger als 8000 an. — Am 1. März vollendete das deutsche Postamt in Konstantinopel das 20. Jahr seines Bestehens. Seit 10 Jahren hat sich der durch dasselbe vermittelte Verkehr verdoppelt.

Berlin. Das Verfahren gegen den Prediger Rode ist eingestellt, doch wird derselbe einer Irrenanstalt überwiesen. — Im Abgeordnetenhause begann heute anläßlich der Berathung des Etats der Berg- und Hüttenverwaltung eine lange Debatte über den vorjährigen Bergarbeiterausstand. Dr. Schulz-Bochum (nat.-lib.) bestritt, daß der Streik durch zu geringe Löhne veranlaßt sei, denn er sei am stärksten da aufgetreten, wo die höchsten Löhne gezahlt werden. In der Presse sei in heftigster Weise gegen die Arbeitgeber gehetzt worden. Die Behauptungen über schlechte Behandlung der Arbeiter und Uebervortheilung derselben durch die Verwaltungen hätten sich als unbegründet erwiesen. Eine strenge Disziplin in den Bergwerken sei im Interesse der Sicherung des Lebens und Eigenthums nothwendig. Wie weit die Arbeiter gingen, bewiese deren Forderung um Ueberlassung der Bergwerke zum Gesammteigenthum. Werde das Einkommen der Bergarbeiter noch weiter erhöht, so werde man keine Hand mehr am Pfluge behalten. Die Sozialdemokratie mache bedenkliche Fortschritte. In Hessen sei ein Kruzifix zerschlagen worden. Auf dem Kreuze hätten die Worte gestanden: „Hoch die Sozialdemokratie!" Dasbach (Centr.) begründet die gegen die Verwaltung erhobenen Vorwürfe. Es sollen von den Beamten Arbeiter zu Privatzwecken benutzt worden sein. Anderen Beamten wird Bestechlichkeit vorgeworfen, und es sei Thatsache, daß der Fiskus durch einzelne Steiger geschädigt worden sei. Es müsse den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werden, sich an höhere Instanzen als an die Bergwerksdirektionen wenden zu können. Durch die Einführung von Ueberschichten habe man die Arbeiter genöthigt, bis zu 12 Stunden unter Tage zu arbeiten, ohne etwas Warmes gewesen zu können. Das Aufgebot von Militär sei vielfach nicht nöthig gewesen. Der Nutzen der Arbeiterausschüsse in den Staatswerken werde durch Wahl-Geometrie beeinträchtigt. Bopelius (freikons.): Eine ruhigere Auseinandersetzung mit den Arbeitern wäre möglich gewesen ohne die Einmischung unberufener Elemente. Die Verdächtigung, daß sich Steiger haben Unterschleife zu Schulden kommen lassen, habe sich nur in ganz geringem Umfange erwiesen, obwohl die betreffenden Behauptungen sich auf Vorgänge während 30 voller Jahre erstreckten. Thatsächlich seien bei dem Streike 2000 Arbeiter, die arbeiten wollten, durch 1000 Streikende daran verhindert worden. Das sei nur möglich gewesen, weil kein Militär zur Stelle war, um die Arbeiter zu schützen. Wenn die Bergwerke Musteranstalten werden sollten, so gehörten auch Musterarbeiter dazu. Schmieding (nl.) wünscht Reformen. Dieselben dürften aber nicht in Revolution ausarten. Die Regierung habe Anfangs einseitig Partei gegen die Arbeitgeber ergriffen. Eine Beseitigung der Ueberschichten sei möglich, eine Ermäßigung der Hauptschicht auf 8 Stunden aber nicht. Dieselbe würde unsere Stellung auf dem Weltmarkte erschüttern. Daß der Arbeiter seinen Lohn nöthigenfalls durch Streik erhöht, sei sein Recht. Die Arbeiterausschüsse schon jetzt in die starre Form eines Gesetzes zu bringen, sei nicht angezeigt. Bewährten sich dieselben in Saarbrücken, so würden sie allgemein eingeführt werden. — Weiterberathung morgen.

Budapest. Abgeordnetenhaus. Tisza theilte mit, er habe heute seine Demission gegeben. Dieselbe sei vom Kaiser angenommen worden. Die natürliche Folge sei, daß das Haus seine Sitzungen bis zur Neubildung des Kabinets vertage. Tisza citirte dann die Gründe seiner Demission, die vor Allem in seiner abweichenden Stellung zum Incolatgesetz zu finden seien. Der Präsident suspendirte dann die Sitzung.

Die **Berliner Börse** zeigte heute wieder eine schwächere Tendenz, da zu den gestiegenen Kursen größere Verkaufsordres vorlagen. Banken schwächer, besonders Diskonto-Kommanditantheile auf ungünstige Gerüchte über das Popp'sche Patent. Deutsche Bahnen still, österreichische etwas besser. Von Bergwerken waren Eisenwerthe auf angebliche französische Eisen-Offerten ziemlich stark angeboten, Kohlenaktien Anfangs höher, gingen später zurück. Fremde Renten meist etwas besser. In türkischen Werthen lebhaftes Geschäft. Nachdem später die Kurse weiter zurückgegangen waren, trat gegen Schluß auf Bekanntwerden der Londoner Bankdiskont-Ermäßigung eine Befestigung ein. Diskontokommanditantheile, Dresdner Bank und einige Bergwerksaktien wurden lebhaft gehandelt. Im Kassaverkehr Banken schwach behauptet, Eisenbahnen ruhig, Industriepapiere ziemlich fest. Soldrig 3¹/₄ Proz. höher. Deutsche Fonds vorwiegend schwächer, österreichische Prioritäten behauptet. Privatdiskont 3¹/₄ Prozent. Nachbörse schwach. — **Wetter:** Früh Nebel, dann prächtiger Frühlingstag, leichter Südwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 267,40. Staatsb. 188,40. Lomb. 110,25. Galizier —,—. Egypter 95,10. 4proz. Ung. Goldr. 87,50. Disconto 231,40. Dresdn. Bk. 155,80. Laura 155,25. Gelsenkirchen —,—. Schwach.

Wien. (Abends.) Credit 315,50. Staatsbahn 220,75. Lombarden 150,00. Nordwest 204,25. Marknoten 58,40. Ung. Credit 353,00. Ruhig.

Paris. (Schluß.) Rente 88,67. Anleihe 105,92. Italiener 92,60. Staatsbahn 472,50. Lombarden 295,00. do. Prioritäten —. Spanier 73¹/₂. Egypter 479,68. Ottomanen 543,75. Escompte 615,00. Fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 198, per Mai 199. Roggen per März 141, per Mai 140.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Majestät die **Königin** führt während ihres Aufenthaltes in Italien wiederum den Namen einer Gräfin von Plauen.

— Se. Hoheit der Erbprinz von **Sachsen-Meiningen** hat mit Gemahlin Dresden wieder verlassen und sich zunächst nach Leipzig begeben.

— **Landtag.** Der **zweiten Kammer** lagen gestern in erster Linie mehrere **Eisenbahnprojekte** zur Berathung vor. Den Bericht der Finanzdeputation B erstattete Abg. v. Polenz. Die Abgg. Müller-Colditz und Knechtel-Taubenheim dankten der Regierung und der Deputation für die Berücksichtigung der Linie Waldheim-Rochlitz. Präsident Dr. Haberkorn bringt der Regierung den Dank der Stadt Bernstadt dar, die nun endlich vor der Erfüllung ihres lang gehegten Wunsches stehe. Redner bittet um möglichste Beschleunigung der Linie Herrnhut-Bernstadt. Abg. Hähnel hegt dagegen Bedenken gegen den Bau der Bahn durch das Preßnitzthal in Rücksicht auf die zu befürchtenden Wasserkalamitäten, empfiehlt aber für den Fall der Annahme der Linie jetzt schon der Regierung, seiner Zeit der Linie Ostritz-Hirschfeld-Bernstadt-Löbau wohlwollende Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen. Abg. Trebisch theilt die Bedenken des Vorredners nicht und hofft, daß es dem heutigen Stande der technischen Wissenschaften wohl gelingen werde, die Bahn durch das Preßnitzthal ohne Gefahren für die Anlieger desselben durchzuführen. Die Kammer bewilligte hierauf ohne weitere Debatte 2,849,000 Mk. zur Herstellung einer normalspurigen Eisenbahn Waldheim-Geringswalde-Rochlitz, 2,661,000 Mk. für eine schmalspurige Eisenbahn von Saupersdorf nach Wilschhaus, 989,000 Mk. für eine schmalspurige Eisenbahn von Herrnhut nach Bernstadt, 1,900,000 Mk. zum Bau einer normalspurigen Eisenbahn von Schönberg nach Hirschberg allenthalben nach den Regierungsvorlagen, ertheilte der Königl. Staatsregierung die erforderliche Expropriationsbefugniß für die genannten Linien sowohl wie zu Gunsten einer normalspurigen Eisenbahn von Zwickau über Crossen nach Mosel und bewilligte ferner noch 225,000 Mk. für den Umbau der Station Erlau. Die zu den vorgedachten Linien eingegangenen Petitionen wurden durch diese Beschlüsse für erledigt erklärt. Abg. Uhlemann-Görlitz berichtete hierauf über die zu Kap. 94 (Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen) und Kap. 95 (Volksschulen) des Etats eingegangenen Petitionen. Dem Antrage der Finanzdeputation A entsprechend, beschloß die Kammer zunächst ohne Debatte und einstimmig, die Petition der ständigen Lehrer an den Gymnasien und Realgymnasien Königl. Collatur, soweit sie darauf gerichtet ist, den ständigen Lehrern an den sächsischen Gymnasien und Realgymnasien Königl. Collatur die Staatsdienereigenschaft gesetzlich zu verleihen, auf sich beruhen zu lassen, insoweit sie jedoch auf Gleichstellung ihrer Pensionsverhältnisse mit denen der Staatsdiener gerichtet ist, der Kgl. Regierung zur Erwägung zu übergeben mit der Maßgabe, diese Erwägung auch auf die Gleichstellung aller ständigen Lehrer an den Volksschulen, Realschulen, Seminaren und anderen höheren Schulen, sowie der Geistlichen zu

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42). Butter täglich 3 Mal frisch.